

I/PABC-GV-38/15-94

20. Dez. 1994

Betrifft:

Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes, LGB1. 2300
(LVBG-Novelle 1995); Motivenbericht



Hoher Landtag!

Zwischen den Gebietskörperschaften und den drei Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde eine Anhebung der Bezüge der öffentlich Bediensteten des Bundes in der Weise vereinbart, daß alle Gehalts- und Entgeltansätze (ausgenommen Haushaltszulage) zum Termin 1. Jänner 1995 um 2,87 % angehoben werden.

Die Laufzeit des Gehaltsabkommens endet mit 31. Dezember 1995.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll die Anhebung der Bezugsansätze für die Landesvertragsbediensteten in gleicher Weise geregelt werden.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher, den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf einer Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes, LGB1. 2300 (LVBG-Novelle 1995), der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluß fassen.

NÖ Landesregierung
Dr. Pröll
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung